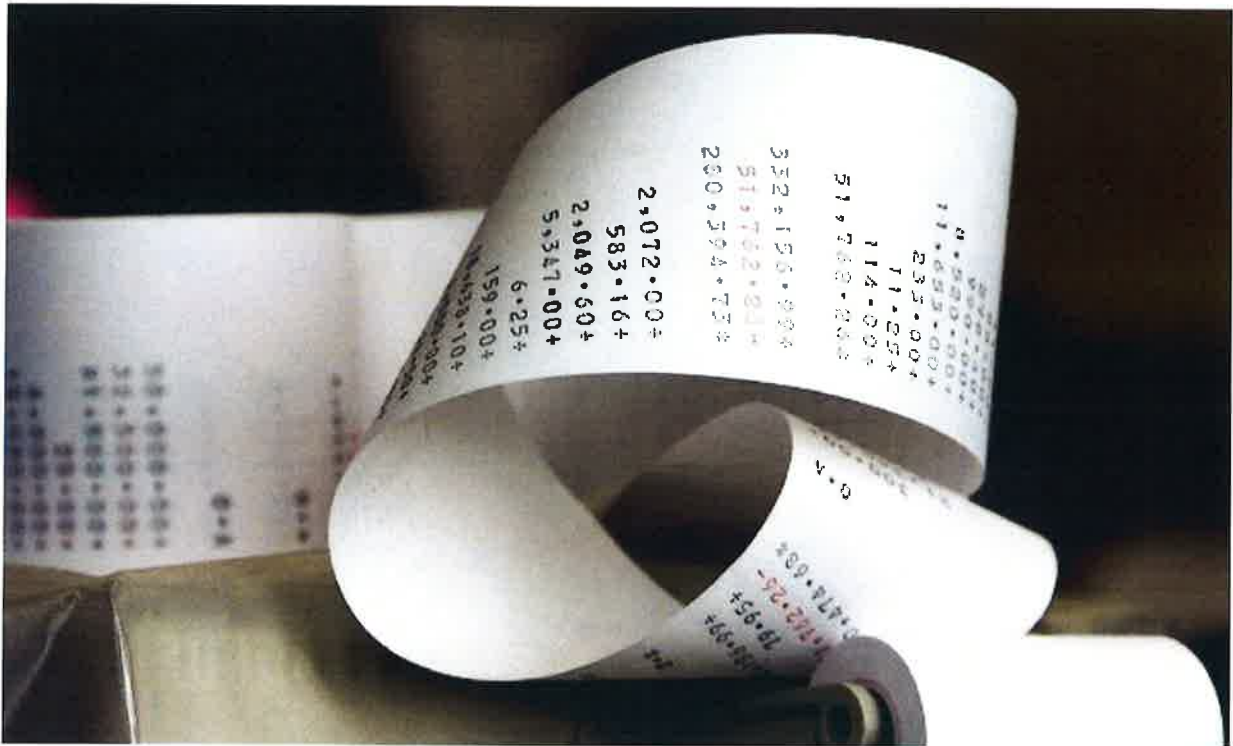


## Bund der Steuerzahler: "Kalte Progression muss weg"

Die Steuerexperten haben sich die Programme der Parteien angeschaut. Noten wollte man aber nicht vergeben.



Symbolbild: Streifen einer Rechenmaschine – BilderBox

10.10.2017 um 16:29

Wenn es darum geht, den Menschen vor der Wahl Steuererleichterungen zu versprechen, gibt es kaum eine Grenze nach oben: Um fünf Milliarden Euro sollen die Steuern gesenkt werden, um sieben Milliarden, sogar um zwölf bis 14 Milliarden Euro.

Doch wie realistisch sind diese Versprechen? Wenn es um die Finanzierung geht „sind sie sehr vage“, meinte der Bund der Steuerzahler, der sich die Steuer- und Wirtschaftsprogramme der Parteien angesehen hat, am Dienstag bei einer Pressekonferenz in Wien. „Alle Parteien haben sich recht genau überlegt, wie sie die Einnahmenseite umgestalten würden“, meinte Manfred Wagner, stellvertretender Vorsitzender des Steuerzahlerbunds. „Aber keine dieser Parteien hat sich ausreichend mit dem Thema der tatsächlichen Umsetzung von Einsparungen beschäftigt.“

Insofern sei eine Finanzierung der Programme durch reine Ausgabenkürzungen nicht garantiert. Eine Finanzierung durch neue Steuern lehnt der Bund ab, weil das „keine echte Steuerreform wäre“. Und zur Finanzierung über zusätzliche Steuereinnahmen aufgrund der guten Konjunkturentwicklung, auf die alle Parteien in ihren Programmen setzen, sagte Bund-Chef Oliver Ginhör: „Darauf sollte man keinen Plan aufbauen.“

Insgesamt lobt der Bund der Steuerzahler die Bemühungen der Parteien und die teils durchaus sinnvollen Vorschläge. Ziel einer Reform müsse es aber ganz grundsätzlich sein, die Abgabenquote in Österreich zu senken – und dazu würden nur ÖVP, Neos und FPÖ klare Zielvorgaben machen.

Nämlich weniger als 40 Prozent (aktuell hält Österreich bei einer Abgabenquote von 43,1 Prozent). Von der SPÖ und den Grünen vermisste man dieses Ziel, die Ideen der SPÖ würden aufgrund der Einführung neuer Steuern nicht zu einer Senkung der Abgabenquote führen. Bei den Einsparmöglichkeiten verwiesen die Steuerexperten auf Vorschläge, die es schon lange gebe – darunter hunderte vom Rechnungshof.

Als ganz wesentliches Anliegen des Bunds der Steuerzahler nennen Ginthör und Wagner die Abschaffung der kalten Progression (heimliche Steuererhöhung durch die Nichtanpassung der Steuerstufen an die Inflation): „Sie muss weg.“ Die Steuerstufen müssten automatisch an die Teuerungsrate angepasst werden.

### „Wählen gehen“

Die von allen Parteien versprochene Verwaltungsreform sei positiv, aber nur die SPÖ gehe so weit und wolle Mehrgleisigkeiten mittels einer Volksabstimmung abschaffen. Beurteilen wollten Ginthör und Wagner die verschiedenen Programme der Parteien nicht. Man werde nur eine Wahlempfehlung abgeben: „Wählen gehen.“

(rie)